erzielen. Die Entsorgungsstruktur weise nämlich in vielen Teilbereichen des Landes erhebliche Engpässe auf.

Im Erftkreis beispielsweise werde seit zweieinhalb Jahren über Bauschuttrecycling diskutiert. Politisch sei man sich einig. Es gebe jedoch noch keine akzeptierten Standorte.

Was die konstruktive Begleitung dieses Themas angehe, so erinnere er an die Haushaltsberatungen, in denen die CDU-Fraktion gebeten habe, den Kreditplafond zu erhöhen, um mittelständischen Betrieben die Beteiligung an der Abfallentsorgung und am Recycling verstärkt zu ermöglichen.

Mit den Wiederaufbereitungsanlagen sei ein nicht unerhebliches Verkehrsaufkommen verbunden, merkt Abg. Wessel (SPD) an. Eine wirtschaftlich arbeitende Anlage nehme zwischen 150 000 bis 250 000 Tonnen pro Jahr auf. Die Stoffe müßten heran- und weg- gefahren werden. Man könne sich leicht vorstellen, welcher Ärger entstehe, wenn alles über die Straße transportiert werde. Es sei zu überlegen, welche Standorte möglichst über die Schiene erreicht werden könnten.

Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) legt dar, mit Hilfe der zur Zeit erarbeiteten Abfallwirtschaftskonzepte werde man bis Ende des Jahres einen Überblick bekommen, an welchen Stellen eine Komplettierung des Entsorgungsnetzes erforderlich sei. Es bestünden erhebliche regionale Unterschiede.

Den größten Druck in Richtung Recycling übten die Deponien selber aufgrund ihrer knappen Flächen aus. Da neue Deponien unweigerlich zu höheren Entsorgungspreisen führten, bestehe ein ökonomischer Anreiz allein darin, möglichst viele Stoffe durch Recycling wieder in die Wirtschaft, das heißt auch in den Straßenbau zu bringen.

Die Landesregierung beabsichtige - dies werde auch in der Erklärung deutlich -, den Prozeß des Recyclings zu forcieren, damit die Maßstäbe von der öffentlichen Hand - sie trete in den Fragen des Straßenbaus sowohl als Ausschreiber als auch als Nachfrager auf - gesetzt werden könnten. Ende des Jahres werde man zu diesem Thema genauere Aussagen machen können.

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) gibt zu erwägen, daß es bereits eine Reihe von leistungsfähigen Firmen gebe, die Wiederverwertungskonzepte entwickelt hätten und zum Teil vor Ort ausgebautes Material recycelten. Mit einem Verzicht auf den Abtransport könnten Deponiekapazitäten eingespart werden.

Ausschuß für Umweltschutz
und Raumordnung
55. Sitzung

18.01.1989
sd-pr

Im Bereich Recycling sei mit Hilfe von Normen festzusetzen, welche Stoffe eines Materials wiederverwertet werden dürften. Nach seiner Meinung sollten die auf diesem Gebiet bereits tätigen Firmen berücksichtigt werden.

Zur Zeit gehe es erst einmal darum festzustellen - vielleicht müsse man hier an gewisse Kontrollen denken -, inwieweit das Landesabfallgesetz mit Hilfe von Richtlinien und Verordnungen umgesetzt werde, bemerkt Abg. Wendzinski (SPD).

Zum Beratungsverfahren schlage er vor, dem Haushaltskontrollausschuß einen Zwischenbericht zu erstatten. Der Umweltausschuß werde sich mit dem Thema noch einmal befassen, insbesondere auch wegen der geplanten Einführung einer Lizenzgebühr für abgelagerte Stoffe. Ein solcher Kostenfaktor würde sicherlich Anreize schaffen, vermehrt Baustoffe wiederzuverwerten und damit erneut in den Wirtschaftskreislauf zu bringen.

Er vertrete die Meinung, die freie Marktwirtschaft sei immer einem Eingriff von seiten des Staates vorzuziehen. Die Landesregierung müsse natürlich den Kommunen mit Richtlinien Hilfestellungen leisten.

Direktor beim Landesrechnungshof Dr. Sauter hebt hervor, die Erklärung in Vorlage 10/1990 sei einvernehmlich mit dem Landesrechnungshof abgegeben worden. Auf diese Weise wolle man dem im Bericht Vorlage 10/1675 vorgetragenen Anliegen Rechnung tragen.

Nach seiner Meinung besteht in der Vorgehensweise eine gewisse Verwandtschaft zu dem Thema "Gentechnologie". Auch hier gehe es um Stoffe, deren Wirkungen man noch nicht kenne.

Der Einsatz von Recyclingmaterialien im Straßenbau hänge von den Wirkungen, die sie in baustatischer und bautechnischer Hinsicht erzeugten, und von der Art des Bauvorhabens ab. Die Stoffe müßten von daher unter den Aspekten Eignung und mögliche Gefährdung der Umwelt und des Grundwassers geprüft werden. Erst wenn Gütemerkmale erarbeitet wären, könne man darüber entscheiden, ob das betreffende Material abzulagern oder wiederzuverwerten sei.

Hier sei der Staat gefordert, Kriterien zu erarbeiten und festzulegen, was unter Ziffer 3 der Erklärung zum Ausdruck habe kommen sollen. Nach seiner Ansicht befinde man sich auf dem richtigen Wege.

Der stellv. Vorsitzende gibt an, er werde den federführenden Ausschuß über das Beratungsergebnis informieren. Das Ministerium werde gebeten, zu Beginn nächsten Jahres einen Zwischenbericht über die Fortschritte im Schuttrecycling zu geben.